

# Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Während die F/A-18 aus dem Jahr 1996 2030 an das Ende ihrer Nutzungsdauer gelangen, sind die 1978 beschafften F-5E Tiger bereits heute veraltet. Am 27. September stimmen wir daher über den weiteren Schutz des Luftraums und damit die zukünftige Sicherheit der Schweiz ab.

**Bruno Walliser**

Unsere Sicherheit wird durch einen Verbund von Institutionen gewährleistet: Ambulanz, Polizei, Feuerwehr, und auch die Armee als Sicherheitsreserve auf dem Boden, mit Flugzeu-

gen zum Schutz in der Luft, trägt ihren Beitrag dazu. Alle Bestandteile dieses Systems brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Aufgabe leisten zu können. Sicherheit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit!

Will die Schweiz ihre Neutralität behalten, muss sie ihr Territorium selbst und ohne Abhängigkeit vom Ausland schützen. Auch der Wirtschaftsstandort Schweiz profitiert von der Sicherheit, denn langfristige Sicherheit ist für unseren Wohlstand wichtig. Sicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor und für die Schweiz ein Standortvorteil, damit Unternehmen hier investieren und Arbeitsplätze schaffen und erhalten können.

Für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge sind maximal 6 Milliarden Franken vorgesehen. Für ihre Beschaffung wird dazu über 10 Jahre ein Teil des Armeebudgets verwendet. Das Geld fehlt also nirgendwo anders. Zudem werden insgesamt 60% der Anschaffungskosten wieder mit Kompensationsgeschäften in die Schweizer Wirtschaft zurückfliessen.

Das Coronavirus lehrt uns, dass Schutzmaterial verfügbar sein muss, wenn die Krise da ist. Es soll nicht erst im Ernstfall mühsam beschafft werden müssen. Flugzeugbeschaffungen dauern sehr viel länger als die Beschaffung von Atemgeräten, Desinfektionsmitteln oder Schutzmasken. Darum müssen wir jetzt loslegen. Wir haben es kürzlich miterlebt: Deutschland blockierte Schweizer Schutzmaskentransporte und die Schweiz lag mit Deutschland in einem offenen Streit um die Ausfuhr von Schutzmaterial. Was ist die Lehre daraus? In einer Krise ist sich jede und jeder selber am nächsten!

Auch in Zukunft wollen und müssen wir für alle Eventualitäten gewappnet sein. Wer hat die Coronakrise vor neun Monaten vorhergesehen? Niemand! Ersetzen wir unsere Flugzeuge aus den Jahren 1978 und 1996 durch neue, damit wir die Sicherheit in der Schweiz auch zukünftig gewährleisten können. Unabhängig und eigenständig! Darum braucht es am 20. September ein «Ja» zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

**Bruno Walliser**



Bruno Walliser, Nationalrat

## Parolen Volksabstimmung vom 27. September 2020

### Eidgenössische Vorlagen

**Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»**

Die Volksinitiative verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig regelt. Dies soll auf dem Verhandlungsweg geschehen. Falls eine Verständigung mit der EU innert 12 Monaten nicht erfolgt, soll das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden. stellt, dass es stichhaltige Argumente für und gegen die «Begrenzungsinitiative» gibt.

**Stimmfreigabe**

**Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz JSG)**

Das bestehende Jagdgesetz stammt von 1986 und wurde vom Parlament überarbeitet. Das neue Gesetz sieht vor, dass Wölfe zur Bestandesregulierung geschossen werden dürfen, ohne dass sie Schaden angerichtet haben und zuvor Schutzmassnahmen ergriffen werden mussten.

**Keine Parole**

**Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer, DBG (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)**

Der maximale Abzug für die externe Betreuung von Kindern soll von 10'100 Franken auf 25'000 Franken erhöht werden. Mit der Massnahme sollen mehr gut qualifizierte Frauen mit Kindern der Wirtschaft erhalten bleiben. Die allgemeinen Kinderabzüge sollen von 6'500 auf 10'000 Franken erhöht werden.

**Ja**



**Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbersatzgesetz, EOG)**

Es soll einen bezahlten Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen eingeführt werden, welcher über die Erwerbersatzordnung (EO) finanziert werden soll. Die geschätzten Kosten von rund 229 Millionen sollen hälftig bei Arbeitgeber und Arbeitnehmern erhoben werden.

**Nein**

**Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge**

Die Schweizer Armee möchte ihre seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Kampfflugzeuge für maximal 6 Milliarden Franken durch neue Flugzeuge ersetzen. Der Betrag wird zu 60 Prozent über sogenannte Offsetgeschäfte, das heisst mittels Aufträge für Firmen im Inland, kompensiert.

**Ja**

### Kantonale Vorlagen

**Zusatzleistungsgesetz, ZLG (Änderung vom 28. Oktober 2019; Beiträge des Kantons)**

Die Kantonsbeiträge für Zusatzleistungen sollen zugunsten der Gemeinden massiv erhöht werden. Der Kanton Zürich würde mit dieser Verschiebung der Kosten um rund 200 Mio. Franken zusätzlich belastet.

**Nein**

**Strassengesetz, StrG (Änderung vom 18. November 2019; Unterhalt von Gemeindestrassen)**

Der Kanton soll den Gemeinden einen Kostenanteil für den Unterhalt der Gemeindestrassen leisten müssen. Dafür sollen mind. 20% der jährlichen Einlagen in den Strassenfonds verwendet werden, welcher eigentlich für die Finanzierung von Bau und Unterhalt der Staatsstrassen vorgesehen ist.

**Nein**

## kurz – kritisch – politisch

### Von gleich langen Spiesen

Nach heutigem Beschaffungsrecht haben in der Schweiz produzierende Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz eklatante Nachteile.



Christoph Bähler

Bietet ein ausländisches Unternehmen ein Produkt zu einem tieferen Preis an, erhält es bei sonst gleichen Bewertungen den Zuschlag. Es wird nicht berücksichtigt, dass die Produktions- und Lohnkosten im Ausland teils massiv tiefer sind als in der Schweiz. Die Folgen: Öffentliche Aufträge müssen ins Ausland vergeben werden! Unsere heimischen Betriebe werden bestraft und über kurz oder lang gezwungen, ihre Produktion einzustellen oder ins Ausland zu verlegen. Der Schweiz und dem Kanton Zürich gehen Arbeitsstellen und Ausbildungsplätze verloren.

National- und Ständeräte haben diesen Missstand erkannt und bei der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) ein Preisniveau-Zuschlagskriterium aufgenommen. Offerenten aus unterschiedlichen Ländern sollen neu mit gleich langen Ellen gemessen werden. Ist das Preisniveau in einem Land um 20% tiefer, muss der Anbieter aus diesem Land auch zu einem 20% tieferen Preis offerieren, um beim Zuschlagskriterium «Preis/Preisniveau» gleich gut wie das Schweizer Angebot abzuschneiden. Unverständlichlicherweise lehnte die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren Konferenz BPUK, in welcher auch unsere Regierung vertreten ist, diese wichtige Bestimmung ab.

Der KGV wird sich dafür einsetzen, dass die Preisniveau-Klausel in die kantonale Beschaffungsgesetzgebung aufgenommen wird. Die Klausel stärkt das lokale KMU-Gewerbe und seine Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie schafft eine faire Ausgangslage für unsere Unternehmen und einen Wettbewerb auf Augenhöhe zu Mitbietern aus dem Ausland. Eine richtig verstandene Kaufkraftklausel hat nichts mit Heimatschutz und Protektionismus zu tun. Es geht lediglich darum, gleich lange Spiesse für alle zu schaffen. Darauf hat die gewichtige Zürcher KMU-Landschaft Anspruch und es wäre unverständlich, würde die Zürcher Regierung diesen Ansatz nicht übernehmen.

**Politik in Kürze durch:**

**Christoph Bähler, Politischer Sekretär**  
christoph.baehler@kgv.ch